

„Unabhängigkeit ist kein Elfenbeinturm“

Uni Luxemburg und Finanzplatz suchen nach Jahren der Funkstille wieder den Kontakt

INTERVIEW: PIERRE LEYERS

Es ist ein offenes Geheimnis, dass es zwischen der Bankenvereinigung ABL und der Luxembourg School of Finance (LSF) nicht zum Besten steht. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen und Erwartungen. Prof. Dr. Katalin Ligeti, die Dekanin der Fakultät für Recht, Wirtschaft und Finanzen (FDEF), versucht, den Scherbenberg zu kitten. Die LSF soll ganz in die Fakultät integriert werden, ihr Name wird verschwinden. Zusammen mit den Akteuren am Finanzplatz ließ die Dekanin drei neue praxisorientierte Masterstudiengänge ausarbeiten. Vor der Nähe zur Wirtschaft hat sie keine Scheu.

Katalin Ligeti, die Bankenvereinigung hat in den letzten Jahren keinen Hehl aus ihrer Einschätzung gemacht, dass sie die Zusammenarbeit mit der Luxembourg School of Finance (LSF) für „ungenügend“ hält. Was können Sie als Dekanin tun, um das Verhältnis zu verbessern?

Wenn die Fakultät öffentlich kritisiert wird, dann tut das natürlich weh. Wir haben das aber als Weckruf aufgefasst. Wir haben eingesehen, dass sich einiges ändern muss. Ich habe in den vergangenen Monaten eng mit der Bankenvereinigung zusammengearbeitet, und das wird auch so weitergehen. Wir sind dabei einen „Outreach-Officer“ zu rekrutieren, der als Brücke zwischen Fakultät und institutionellen Akteuren des Finanzplatzes dienen wird. Das soll ein Netzwerker sein. Die Nachricht, was wir alles machen und planen, soll klar der Finanzwelt übermittelt werden. Unsere Studiengänge sollen bekannter werden. Gleichzeitig erhoffen wir uns nützlichen Input. Absolventen, die an Masterthesen arbeiten, könnten zum Beispiel Themen wählen, durch die sie schon während des Studiums mit der Arbeitswelt in Berührung kommen.

Die neuen Masterstudiengänge

Die neuen überarbeiteten Masterstudienprogramme werden ab dem Semester 2019-2020 angeboten. Sie wurden in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden am Finanzplatz (ABBL, Alf, ACA) sowie externen Experten der Universität Hamburg und der Foundation for International Business Administration Accreditation (FIBAA) entwickelt. Die bestehenden „Master in Economics and Finance“ und „Master of Science in Banking and Finance“ wurden in einen neuen Masterstudiengang, den „Master of Science in Finance and Economics“ zusammengelegt. Der neue Master hat ein gemeinsames erstes Jahr für alle Studierenden (im zweiten Semester besteht die Möglichkeit für einen Auslandsaufenthalt). Im zweiten Jahr können sich die Studierenden dann auf eine von vier Richtungen spezialisieren: Banking, Investment Management,

Inwiefern entsprechen die drei neuen Master-Programme der Nachfrage am Finanzplatz?

Wir orientierten uns bei der Ausarbeitung der neuen Angebote an den 25 weltweit führenden Programmen in Finanzwissenschaften. Wir fragten uns: Wenn wir ein Programm von Weltniveau hier in Luxemburg aufstellen wollen, was sind die Inhalte und die Standards an anderen Universitäten. Das ist unser Leitbild. Natürlich lassen wir uns beraten von den institutionellen Organisationen am Finanzplatz, wie ABBL, ALFI und ACA. Als Fakultät müssen wir aber vor allem auf die internationalen Standards achten.

Warum wollen die Studenten ausgerechnet nach Luxemburg kommen, und nicht zu den 25 anderen Universitäten mit Weltniveau?

Damit sie nach Luxemburg kommen, haben wir uns von den Akteuren aus der Privatwirtschaft beraten lassen, um genau die Nischen und Spezialisierungen zu besetzen, die die Besonderheit Luxemburgs ausmachen. Unser Angebot ist die Kombination von Grundinhalten auf international sehr hohem Niveau, gekoppelt mit Spezifitäten, bei denen Luxemburg einen Wissensvorsprung besitzt. Dieses „Extra“ können Mitbewerber an anderen Standorten nicht anbieten.

Es geht ja auch um die Beschäftigungsfähigkeit. Ihre Absolventen sollen ja vorzugsweise in der Luxemburger Wirtschaft eine Arbeit finden, nehme ich an.

Da bin ich sehr zufrieden. Die meisten Absolventen dieser Fakultät haben schnell Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir müssen natürlich stets darauf achten, dass unsere Absolventen die Fertigkeiten haben, die sie für den Arbeitsmarkt in Luxemburg attraktiv machen. Aus diesem Grunde haben wir das Curriculum entsprechend ausgestaltet. Den neuen

Risk Management und Financial Economics.

Im heutigen „Master in Economics and Finance“ gibt es im zweiten Jahr den spezialisierten „Research Track“. Dieser ist in der neuen Struktur nun ein separater einjähriger Studiengang, der „Master of Science in Quantitative Economics and Finance“. Das Profil ist hier forschungsorientiert.

Der „Master in Wealth Management“, der erstmals 2013 eingeführt wurde, wird von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert. Unter der alten Struktur war der Master ein Aufbaustudiengang (ebenso wie der alte „Master of Science in Banking and Finance“). Studierenden mussten bereits für 240 ECTS studiert haben (normalerweise ein Bachelor und einjähriger Master). Durch die neue Struktur können Studierende direkt vom Bachelor in den Master wechseln.



Master in Finance and Economics kann man komplett auf Englisch studieren, aber wir doppeln verschiedene Kurse auf Französisch, da dies in Luxemburg sehr wichtig ist.

Sollte eine Universität ihr Studienangebot nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten? Wie steht es um die Freiheit von Forschung und Lehre?

Ich sehe da keine Widersprüche. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit externen Partnern gemacht. Einige von ihnen unterstützen Lehrstühle, andere unterstützen Studienprogramme. Als Universität und als Fakultät müssen wir natürlich stets sicherstellen, dass unsere Arbeit bei Qualität und Inhalten den wissenschaftlichen Standards entspricht. Unabhängigkeit bedeutet keinen Elfenbeinturm. Interessante Forschung muss auch für die Praxis von Bedeutung sein. Aus der Praxis wiederum kommen Anregungen und Problemstellungen, die dann für die Wissenschaft relevant sind.

gungen und Problemstellungen, die dann für die Wissenschaft relevant sind.

Kennen Sie Beispiele für diese gegenseitige Inspiration?

Am Finanzplatz gibt es sehr wertvolle Datensätze, die in ihrem Umfang weltweit einzigartig sind. Das hat mir für mein Mandat gesetzt habe, ist die Erstellung einer Datensammlung mit Daten aus spezifisch luxemburgischen Finanzinstituten. Damit kann Forschung auf Weltniveau betrieben werden.

Suchen Sie für Ihre Fakultät aktiv nach Sponsoren?

Drittmittel-finanzierte Forschung ist eine anerkannte Art und Weise, um Forschung zu betreiben. Der „natürliche“ Drittmittel-Sponsor ist

der FNR – alleine in Finanzwissenschaften finanziert der FNR Projekte in Höhe von über zwei Millionen Euro. Darüber hinaus haben wir Lehrstühle mit externen Partnern aufgestellt – ATOZ, SES und ADA. Die sind für uns sehr wichtig. Wir als Fakultät entscheiden zusammen mit den externen Partnern, einen bestimmten Bereich zu entwickeln. Zusammen kann man mehr erreichen als alleine.

Die Universität – Lieferant von Dienstleistungen und Fachkräften, oder Ideenschmiede und kultureller Motor: Wie sehen Sie die Aufgabe der Universität und Ihrer Fakultät in Luxemburg?

Wir haben beide Aufgaben zugleich. Natürlich sind wir ein „Ideenhaus“, weil wir Topforschung betreiben. Das ist unsere Aufgabe. Ebenso wichtig sind unsere Studiengänge, wo wir Fachkräfte für das Land und über die Landesgrenzen hinaus ausbilden.

Bietet die LSF oder Ihre Fakultät auch Studiengänge zu Blockchain, Fintech und Kryptotechnologien an? Wie gehen Sie mit den neuen technologischen Entwicklungen um?

Wir decken diese Inhalte in den bestehenden Programmen ab, sowohl in den Rechts- als auch in den Finanzwissenschaften. Jedes Jahr organisieren wir zwei Fintech-Foren. Die neuen Masterprogramme beinhalten sogenannte „Incubator-Courses“. Das sind Programme, in denen neue Inhalte, die aktuell für Luxemburg sind, aufgegriffen werden können – ich denke da zum Beispiel an „financial technologies“ oder „sustainable finance“. Sollten wir zu der Überzeugung gelangen, dass diese Inhalte so wichtig sind, dass ein eigener Master daraus ent-

„Wir haben sehr gute Erfahrungen mit externen Partnern gemacht“, sagt Prof. Dr. Katalin Ligeti, Dekanin der Fakultät für Recht, Wirtschaft und Finanzen (FDEF), beim Gespräch in ihrem Büro.

(FOTO: CHRIS KARABA)

stehen könnte, dann werden wir das tun.

Unterrichten an Ihrer Fakultät neben Professoren der Universität auch erfahrene Praktiker, etwa Anwälte oder Finanzexperten?

Die Grundlagen sollten von den Professoren vermittelt werden. Lehrbeauftragten aus der Praxis sind jedoch eine große Bereicherung. Früher hat die Fakultät mit zahlreichen Praktikern zusammengearbeitet, die nicht aus Luxemburg stammten. Künftig wollen wir mehr Gewicht auf luxemburgische Praktiker legen. Im Bereich Finanzwissenschaften haben wir eng mit ABBL, Alf und ACA zusammen gearbeitet, um für die jeweiligen Kurse die bestgeeigneten Lehrbeauftragten auszusuchen.

Zur Person: Katalin Ligeti

Katalin Ligeti ist Professorin für europäisches und internationales Strafrecht. Im April 2017 wurde sie zur Dekanin der Fakultät für Rechts-, Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Uni Luxemburg gewählt. Sie hält einen Dokortitel der Universität Hamburg. Seit 2015 ist Prof. Dr. Ligeti Mitglied der Expertengruppe der Europäischen Kommission für Strafrechtspolitik. Im April 2017 wurde sie zur Sonderberaterin der Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Vera Jourová, ernannt.

Galileo vor der Vollendung

Europäisches Satellitennavigationssystem hat ein Jahrzehnt Verspätung – aber es ist erfolgreich

Einst als europäisches Prestigeprojekt angekündigt, ist Galileo aus den Schlagzeilen verschwunden. Doch mit über einem Jahrzehnt Verspätung steht das europäische Satellitennavigationssystem vor der Vollendung – teuer und zu spät, aber offensichtlich erfolgreich.

Mit mehr als einem Jahrzehnt Verspätung und deutlicher Kostensteigerung nähert sich das europäische Satellitennavigationssystem Galileo seiner Vollendung. Nach Angaben des Kontrollzentrums im oberbayerischen Oberpfaffenhofen sind die Starts der letzten vier von insgesamt 30 Galileo-Satelliten für Ende 2020 geplant. In Betrieb ist das System bereits, in diesem Jahr soll der Aufbau des sogenannten Hochpräzisions Dienstes beginnen, der rund um den Globus genauere Positionsbestimmungen als rivalisierende Systeme ermöglichen soll. Das erklärte die europäische Satellitennavigationsbehörde GSA in Prag auf Anfrage.

Ursprünglich sollte Galileo schon 2008 in den Vollbetrieb gehen. Ein bisschen teurer als ursprünglich geplant geworden ist die europäische Satellitennavigation ebenfalls. 1999 plante die EU 2,2 bis 2,9 Milliarden Euro für den Aufbau des Systems ein. Der derzeitige Kostenrahmen: Im EU-Budget bis 2020 sind 7,2 Milliarden für den Aufbau plus dreieinhalb Milliarden für den Betrieb vorgesehen, wie es in informierten Kreisen in Brüssel heißt.

Und ohne großes öffentliches Aufsehen hat die EU-Kommission 2018 einen wesentlichen Bestandteil des Galileo-Projekts geändert. Der Hochpräzisions Dienst, der Positionsbestimmung bis auf 20 Zentimeter Genauigkeit ermöglichen soll, war als kommerzieller Service geplant, für den die Nutzer zahlen sollen. Nun

wird auch dieser Dienst kostenlos sein.

Die Konkurrenz bei den globalen Satellitennavigationssystemen ist groß: Neben dem US-System GPS gibt es noch das russische Glonass und das chinesische Beidou, das seit Dezember vergangenen Jahres einen globalen Dienst anbietet. Daneben baut Japan das QZSS-System für den asiatisch-pazifischen Raum auf.

Demokratische Kontrolle

Zwei Argumente sollen Galileo attraktiv machen. Zum einen ist es das einzige zivile Satellitennavigationssystem unter demokratischer Kontrolle. GPS und Glonass sind Erbstücke des Kalten Kriegs und bis heute in militärischer Hand, Beidou ein Projekt der chinesischen Kommunistischen Partei, das vor allem Pekings Weltmachtambitionen dient. Und die GSA wirbt damit, dass Galileo genauer sein soll als die Konkurrenz: Der Hochpräzisions Service soll auf 20 Zentimeter genaue Positionsbestimmung bieten. „Unabhängige Messungen zeigen, dass Galileo in Sachen Präzision besser arbeitet als die übrigen Satellitennavigationssysteme“, sagt eine GSA-Sprecherin. Allerdings arbeiten auch die Konkurrenten an steter Verbesserung.

Derzeit befinden sich 26 Galileo-Satelliten in der Umlaufbahn, mit denen die Positionsbestimmung rund um den Globus möglich ist. Seit 2016 läuft die „Initial Service Phase“. Wie in der EU üblich, sind die Zuständigkeiten über mehrere Länder und Ämter verteilt. Das Kontrollzentrum steht in Oberpfaffenhofen, Betreiber ist die europäische Satellitennavigationsbehörde GSA in Prag. Ein klares Indiz für den Erfolg des Systems: Nach Angaben der GSA wurden weltweit 600 Millionen Handys mit Galileo-Empfänger verkauft. Jedoch



17. November 2016: Eine Ariane 5 startet vom Weltraumbahnhof Kourou aus, mit vier Galileo-Satelliten an Bord. (FOTO: AFP)

ist es in den vergangenen Jahren so still um das Prestigeprojekt geworden, dass es den meisten Europäern unbekannt ist.

Doch alle wesentlichen Unternehmen im Bereich Navigation haben Galileo in ihre Produkte integriert. Dazu zählt der US-Konzern Garmin, Marktführer für Navigation im Freizeitbereich wie Bergsteigen, Radfahren, Wandern, aber auch für Schiffe und Flugzeuge.

Komplementär zu GPS

Das bedeutet aber keineswegs, dass Galileo das etablierte US-System GPS verdrängen könnte. „In engen Bergtälern, aber auch in Häuserschluchten ist die Positionsbestimmung schwierig“, sagt Kai Tutschke, Geschäftsführer von Garmin Deutschland. Die Ursache: Zur Positionsbestimmung sind die Signale mehrerer Satelliten notwendig. In Schluchten – ob natürlichen im Gebirge oder menschengemachten aus Beton und Stahl – sind für die Empfänger nur wenige Satelliten „sichtbar“. „Da hilft es, wenn man zwei Systeme gleichzeitig nutzen kann“, sagt Tutschke.

Ähnliches ist beim Kartendienst Here zu hören, der mehrheitlich den Autoherstellern Audi, BMW und Daimler gehört und zu dessen Kunden Garmin zählt. „Galileo stellt in diesem Zusammenhang eine willkommene Ergänzung dar und trägt dazu bei, die Präzision der Positionsbestimmung weiter zu verbessern“, sagt ein Sprecher. Für Here reichen allerdings auch mehrere Satellitensysteme nicht aus: So sind für die genaue Positionsbestimmung innerhalb von Gebäuden Satellitensignale nicht ausreißend. „Daher setzen wir für unsere Positionstechnologie neben Navigationssatellitensystemen zusätzlich auf Mobilfunkzellen und Wlan-Netze“, sagt der Sprecher. dpa

Geldwäscherei-Liste der EU vorerst gescheitert

Die EU-Mitgliedstaaten stellen sich fast geschlossen gegen die Kommission

VON RENÉ HÖLTSCI

Für die EU-Kommission ist es eine schallende Ohrfeige: 27 der 28 Mitgliedstaaten haben sich nach Angaben von Diplomaten bei einer indirekten schriftlichen Abstimmung am Donnerstagabend gegen eine von Brüssel vorgeschlagene schwarze Liste von 23 Drittstaaten gestellt, deren System zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung Mängel aufweise. Nur gerade Belgien schloss sich der Ablehnung nicht an. Auch an einer Sitzung auf Diplomatenebene am Freitag bestätigte sich die Ablehnung. Obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist (die Zurückweisung muss formal auf Ministeriebene bestätigt werden), gilt es deshalb als unwahrscheinlich, dass die Liste in der derzeitigen Form doch noch verabschiedet wird. Die EU wird einen neuen Anlauf benötigen.

Was die Liste bewirkt

Die EU-Kommission hat die Liste Mitte Februar vorgelegt und unter anderem Iran, Irak, Nigeria und Saudi-Arabien darauf gesetzt. Die Schweiz ist nicht eingetragen. Die Brüsseler Behörde erfüllte damit ein gesetzliches Auftrag, der ihr mit

der vierten und fünften EU-Geldwäsche-Richtlinie übertragen worden ist. Die Aufnahme in die Liste hat keine Sanktionen zur Folge, aber Banken und andere Finanzinstitute aus der EU müssen bei Transaktionen, an denen gelistete Drittstaaten beteiligt sind, zusätzliche Kontrollen vornehmen. Außerdem kann von einem Reputationsschaden ausgegangen werden.

Woran sich die USA stoßen

Laut dem Verfahren für das Erstellen der Liste haben der Ministerrat (Gremium der Mitgliedstaaten) und das Europaparlament einen Monat Zeit zur Genehmigung der Liste. Beim Parlament scheint das Vorhaben auf mehr Zustimmung zu stoßen als bei den Staaten. Jedenfalls beschwören rund 30 Abgeordnete aus der Mitte und dem linken Spektrum die Kommission in einem Brief, hart zu bleiben und nicht auf politischen Druck zur Modifikation der Liste einzugehen.

Die von der Kommission vorgeschlagene Liste ist von mehreren Drittstaaten massiv kritisiert worden. So hielt das US-amerikanische Finanzministerium unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung in einer Medienmitteilung fest, das Ver-

fahren zur Erstellung der Liste sei „mangelhaft“ gewesen und konträre mit der „gründlichen“ Methode der Financial Action Task Force (FATF), des internationalen Gremiums zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Auch die FATF unterhält eine Art schwarze Liste, die aber nicht mit jener der EU deckungsgleich ist. Zudem wiesen die USA die Aufnahme der vier US-Territorien Amerikanisch-Samoa, Guam, Puerto Rico und Amerikanische Jungfernseln auf die EU-Liste zurück. Gegen ihren Listenplatz protestiert haben auch Saudi-Arabien und Panama.

Hat Brüssel gepuscht?

Wie weit die ungewöhnlich deutliche Zurückweisung der Liste durch die Mitgliedstaaten auf solche Interventionen und auf Rücksichtnahmen auf bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zurückzuführen ist, ist von außen schwer zu beurteilen. Der erwähnte Brief der Parlamentarier geißelt „Versuche von einigen Mitgliedstaaten, insbesondere Großbritannien, Saudi-Arabien von der Liste zu streichen“. Der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold ergänzte in einer Aussendung, Frankreich und die Briten wollten Saudi-Arabien



Im Weicker-Building in Kirchberg befindet sich das Dekanat der Fakultät, so wie auch ihre rechtswissenschaftliche Abteilung. (FOTO: S. WALDBILLIG)